

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

Tagungsbericht

4. November 2014

Fitnesskur für die Justiz? – Bericht über das Fachforum der CDU Baden-Württemberg und des LACDJ am 23. Oktober 2014 in Karlsruhe

In dem bis auf den letzten Platz besetzten Konferenzraum des Schlosshotels in Karlsruhe konnte CDU-Generalsekretärin Katrin Schütz MdL zum rechtspolitischen Forum „Braucht die Justiz eine Fitness-Kur“ zahlreiche Prominenz aus Politik und Justiz begrüßen. Der CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl MdB wies in seiner Einführung darauf hin, dass die Politik verpflichtet sei, schnelle und einschneidende Maßnahmen zum Abbau der Überlastung der Justiz zu ergreifen. Unser Rechtsstaat wie auch Deutschland als attraktiver Wirtschaftsstandort sei auf eine funktionierende, motivierte und starke Justiz angewiesen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion bestätigte Rechtsanwalt Theo Markou, dass auch aus der Sicht der Anwaltschaft Handlungsbedarf gesehen werde. Matthias Grewe, der Vorsitzende des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e. V., forderte eindringlich neue Stellen in der Justiz. Die Politik müsse eindeutig bekennen, welche Bedeutung die Dritte Gewalt für sie habe und für eine angemessene Ausstattung sorgen.

Der Vorsitzende des LACDJ, Dr. Alexander Ganter, pflichtete Grewe zwar bei, hielt die Forderung nach zusätzlichen Stellen aber für nicht realisierbar. Seiner Meinung nach könnte durch eine Verschlankung und Entbürokratisierung von Verfahren, etwa der Einschränkung von Rechtsmitteln, Arbeitskraft freigesetzt und an den bestehenden Engpässen genutzt werden.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Bernd Hitzler MdL versicherte, dass bei einem Wahlsieg der CDU im Land die finanzielle Situation und damit auch die Besetzung von Stellen in der Justiz angegangen werde. So könne es nicht sein, dass seitens des Justizministeriums Überlegungen angestellt würden, mit der Einführung der elektronischen Akte im Ziel bis zu 1.600 Stellen abzubauen. Es sei vielmehr erforderlich, etwa frei werdende Ressourcen vollumfänglich zur Verstärkung der Personalmittel für Richter und Staatsanwälte zu verwenden. Nur wenn diese Mittel im System bleiben, bestehe Aussicht, die eingetretene Überlast auf ein zumutbares Maß zu reduzieren.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.